

Organe (Angabe nach § 285 Nr. 10 HBG)

Aufsichtsrat

Bernd Zens Vorsitzender	Mitglied der Vorstände DEVK Versicherungen
Frank Hauenstein Stellv. Vorsitzender	Mitglied des Vorstands der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Dr. Wolfgang Bohner	Leiter Finanzen und Treasury Deutsche Bahn AG
Dr. Klaus Linde	Leiter Beschäftigungsbedingungen, Sozialpolitik und Personal Konzernleitung (HB) Deutsche Bahn AG
Frank Lutoschka (seit 27. November 2024)	Vorstandssekretär/Referent im Büro des Vorsitzenden Martin Burkert der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Pierre Reyer (bis 30. September 2024)	Leiter Tarif & Mitbestimmung Transdev GmbH
Claus Weselsky	Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) i. R.

Vorstand

Joachim Gallus	Köln
Birgit Großmann (bis 31. Mai 2024)	Berlin
Lutz Lammert	Köln
Dr. Michael Zons	Köln

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die DEVK Pensionsfonds-AG bietet beitragsbezogene Pensionspläne mit Zusage einer Mindestleistung im Rahmen von § 3 Nr. 63 EStG sowie Übertragungen von Versorgungswerken im Rahmen von § 3 Nr. 66 EStG an.

Bei der DEVK Pensionsfonds-AG handelt es sich um einen Pensionsfonds im Sinne von § 236 VAG.

Gemäß dieser Vorschrift ist ein Pensionsfonds eine rechtsfähige Versorgungseinrichtung, die

- im Wege des Kapitaldeckungsverfahrens Leistungen der betrieblichen Altersversorgung für einen oder mehrere Arbeitgeber zugunsten von Arbeitnehmern erbringt,
- die Höhe der Leistungen oder die Höhe der für diese Leistungen zu entrichtenden künftigen Beiträge nicht für alle vorgesehenen Leistungsfälle durch versicherungsförmige Garantien zusagen darf,
- den Arbeitnehmern einen eigenen Anspruch auf Leistung gegen den Pensionsfonds einräumt und
- verpflichtet ist, die Altersversorgungsleistung als lebenslange Zahlung oder als Einmalkapitalzahlung zu erbringen.

Die DEVK Pensionsfonds-AG untersteht der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Deutschland. Sie ist damit als solche kein AIF – Alternativer Investmentfonds – im Sinne des § 1 KAGB.

Das Geschäftsfeld umfasst insbesondere einen Teil der betrieblichen Altersversorgung der Deutsche Bahn AG. Bestand und Neugeschäft haben deshalb einen hohen Anteil an arbeitgeber-/arbeitnehmerfinanzierten Verträgen der Deutsche Bahn AG.

Verbundene Unternehmen

Verbundene Unternehmen der DEVK Pensionsfonds-AG sind der

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn, Köln,
und dessen unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen.

Das Grundkapital unserer Gesellschaft in Höhe von 5,0 Mio. € ist in voller Höhe eingezahlt. Es wird zu 100 % gehalten durch die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht.

Funktionsausgliederung, organisatorische Zusammenarbeit

Aufgrund eines Generalagenturvertrags werden die Funktionen der Vertragsvermittlung sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben von dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. übernommen.

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten können.

Die im Bericht mit * gekennzeichneten Abschnitte enthalten Angaben, die nicht vom Abschlussprüfer geprüft werden.

Allgemeine Betriebsbereiche wie z. B. Rechnungswesen, Inkasso, IT, Kapitalanlage und -verwaltung, Personal, Revision sowie Allgemeine Verwaltung, sind für alle DEVK-Unternehmen organisatorisch zusammengefasst.

Gemäß dem Gemeinschaftsvertrag mit dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. wird uns das erforderliche Innendienstpersonal zur Verfügung gestellt. Dieses unterliegt in den Gebieten Mathematik, Antrags-, Bestands- und Leistungstätigkeiten sowie in der Vermögensanlage und -verwaltung allein der Aufsicht unseres Unternehmens.

Die DEVK Pensionsfonds-AG verfügt nicht über separate Mietverträge, jedoch gemäß ihrer Nutzung über eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2024 bewegte sich in einem Spannungsfeld aus Konjunkturschwäche bei gleichzeitigen Rekordständen am deutschen Leitindex DAX 40. Ferner spielten die Nachhaltigkeit des Rückgangs der Inflation und die damit verbundene Notenbankpolitik eine zentrale Rolle an den Kapitalmärkten. Große Auswirkungen, insbesondere auf die globalen Aktienmärkte, hatte zudem die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, während das Scheitern der Ampel-Koalition kaum Einfluss auf das Marktgeschehen hatte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) beschloss – ausgehend von einem Einlagenzins in Höhe von 4,00 % – beginnend mit der Juni-Sitzung 2024 vier Zinssenkungsschritte von jeweils 0,25 %, sodass der Einlagenzins zum Jahresende 2024 3,00 % betrug. Die amerikanische Notenbank Fed folgte in der September-Sitzung und senkte die Zinsen in einem ersten Schritt um 0,50 % und Anfang November sowie Mitte Dezember um jeweils weitere 0,25 % auf die aktuellen Zielraten zwischen 4,25 % und 4,50 %. Gleichzeitig fiel die Inflationsrate in Europa von 2,9 % zu Jahresanfang auf 1,7 % per Ende September und somit zunächst unter das vorgegebene Ziel der EZB. Im vierten Quartal 2024 folgte ein erneuter Anstieg der Inflationsrate auf 2,4 %.

Risikofreie Zinssätze (zum Beispiel der 10-jährige Euro-Swapsatz) stiegen seit Jahresanfang unter teilweise starken Schwankungen von 2,5 % bis Anfang Juli um ca. 40 Basispunkte auf ein Niveau von ca. 2,9 % an und fielen als Reaktion auf die Zinssenkungsentscheidungen der Notenbanken wieder um knapp 80 Basispunkte bis Anfang Dezember. Zum Jahresende 2024 notierte der Wert mit 2,4 % rund 10 Basispunkte niedriger als zu Jahresbeginn. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe zeigte 2024 zunächst eine ähnliche Entwicklung bis September, stieg zum Jahresende jedoch stärker an und wies mit 2,4 % einen um 30 Basispunkte höheren Wert auf als zu Jahresbeginn. Die Inversion der Zinsstrukturkurve nahm am vorderen Ende im Jahresverlauf stark ab, sodass die Kurve ab einer Laufzeit von drei Jahren wieder eine normale Form aufweist. Für Langfrist-anleger (wie beispielsweise Lebensversicherungsunternehmen) ist insbesondere die Entwicklung am langen Ende der Zinsstrukturkurve wichtig, um mit Zinspapieren die langfristigen versicherungstechnischen Verpflichtungen adäquat erfüllen zu können. Die Risikoaufschläge auf europäische Investmentgrade-Unternehmensanleihen bewegten sich in der Jahresbetrachtung trotz der schwachen konjunkturellen Entwicklung in Europa weitestgehend seitwärts auf geringem Niveau. Konträr dazu ist die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen in

Deutschland im Vorjahresvergleich um 16,8 % gestiegen. Im besonderen Maße waren die Bereiche „Verkehr und Lagerei“ betroffen.

Aktienmärkte zeigten 2024 eine überwiegend positive Entwicklung. Kurzfristige Verwerfungen an den globalen Aktienmärkten gab es Anfang August im Zuge des Nikkei-Crashes. Das von den Marktteilnehmern unerwartet eingeläutete Ende der Nullzinspolitik der japanischen Notenbank führte am 5. August mit 12,4 % zum heftigsten Kurseinbruch des japanischen Leitindex Nikkei 225 seit 1987 und löste eine globale Kettenreaktion aus. Einen Tag später verzeichnete der Index mit 9,4 % den höchsten Tagesgewinn seiner Geschichte. Im Zuge der Erholung und beflügelt durch die Notenbankpolitik sowie die amerikanische Präsidentschaftswahl erreichte der deutsche Leitindex DAX 40 Mitte Dezember mit 20.426,27 Punkten ein neues Allzeithoch bezogen auf den Tagesschlusskurs. Die Jahresperformance lag bei 18,8 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wurde durch eine mangelnde Investitionsbereitschaft bei einem gleichzeitig dringend benötigten Strukturwandel belastet. Insbesondere energieintensive Industriezweige litten an den im internationalen Vergleich hohen Energiekosten und der damit verbundenen sinkenden globalen Wettbewerbsfähigkeit. Zudem kamen bedingt durch die restriktive Haushaltspolitik der Ampel-Koalition vor deren Scheitern im Herbst nur wenig fiskale Investitionsimpulse. Auch wenn der Rückgang der Inflation die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkte, zeigte sich kein nennenswerter Anstieg beim privaten Konsum, während die Sparquote in allen Quartalen anstieg. Diese Tendenzen spiegelten sich im Verlauf des Bruttoinlandsprodukts 2024 wider. Preisbereinigt sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal um 0,8 % im Vergleich zum Vorjahresquartal. Nach minimalen Wachstumsraten von 0,1 % im zweiten und dritten Quartal sank das BIP im letzten Quartal 2024 preisbereinigt um 0,4 %, sodass nach Angaben des statistischen Bundesamts insgesamt ein Rückgang von 0,2 % für 2024 zu Buche stand. Für das Folgejahr prognostiziert die Bundesregierung eine leichte Erholung des Wachstums in Höhe von 0,3 %, der Sachverständigenrat prognostiziert ein Wachstum von 0,4 %. Weitere Volkswirte gehen mitunter bestenfalls von einem Null-Wachstum bis hin zu einem weiteren leichten Rückgang aus. Zurückhaltend wird die wirtschaftliche Lage ebenfalls von Unternehmensseite beurteilt. So stieg der Ifo-Geschäftsklimaindex zwar zunächst bis April auf sein Jahreshoch von 89,0 Punkten, fiel jedoch in den folgenden Monaten bis auf sein Jahrestief im Dezember von 84,7 Punkten. Im Vergleich zum Euro-Raum schneidet Deutschland beim geschätzten BIP-Wachstum in beiden Jahren schlechter ab (Euro Raum 2024: 0,7 %, 2025: 1,3 %). Im globalen Vergleich wird für die US-amerikanische Volkswirtschaft nach einem starken Wachstum von 2,8 % im Jahr 2024 von einigen Volkswirten ein Rückgang auf 2,0 % für 2025 erwartet.

Die im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) organisierten 14 Pensionsfonds (Vorjahr 14 Pensionsfonds) blieben für das Berichtsjahr konstant.

Die gebuchten Brutto-Beiträge sind um 6,2 % gesunken und liegen für 2024 bei 0,97 Mrd. € (Vorjahr 1,04 Mrd. €).

Der Bestand wächst branchenweit um 5,2 % (Vorjahr 7,0 %) und umfasst damit 682.890 Personen. Davon befinden sich 82.380 Personen in der Leistungsphase, was einem Zuwachs von 5,2 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Leistungsauszahlungen beliefen sich insgesamt auf 713,15 Mio. € und stiegen damit im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 %.

Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung 2024 war trotz der schwierigen Wirtschaftsbedingungen gut.

Die Anzahl der Versorgungsverhältnisse ist im Geschäftsjahr 2024 um 5,7 % (Vorjahr 5,8 %) angewachsen. Träger des Neugeschäfts sind beitragsbezogene Pensionspläne im Rahmen von § 3 Nr. 63 EStG.

Die Beitragseinnahmen sind um 12,5 % gestiegen. Der im letzten Lagebericht prognostizierte Beitragszuwachs wurde um 1,7 % überschritten. Diese Entwicklung entsprach dennoch unseren Erwartungen. Der o. g. Beitragszuwachs resultierte im Wesentlichen aus der tarifvertraglichen arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung der Deutsche Bahn AG sowie der Wettbewerbsbahnen.

Die Aufwendungen für Versorgungsleistungen und den Pensionsfondsbetrieb sind um 4,1 % gestiegen (Vorjahr 9,8 %), damit lagen sie um 2,9 % unter dem im letzten Lagebericht prognostizierten Wert. Wesentlich für den Anstieg waren das Bestandswachstum und damit einhergehend steigende Leistungen sowie vorbereitende Maßnahmen zur Bestandsmigration. Eine geänderte tarifliche Regelung zwischen Bahn und Gewerkschaften bezüglich der Abfindungsmöglichkeiten führt zu mehr Verrentung und damit – bezogen auf die GuV-wirksamen Leistungen – zu geringeren Beträgen, da hohe Kapitalzahlungen durch niedrigere Renten „ersetzt“ werden.

Das Netto-Kapitalanlageergebnis inklusive realisierter Kundenerträge laut HGB lag 2024 mit 48,7 Mio. € – gemäß der Prognose aus dem Vorjahr – deutlich über dem Vorjahreswert in Höhe von 35,7 Mio. €. Der Anstieg ist vor allem auf höhere ordentliche Erträge (43,2 Mio. € nach 31,7 Mio. €) und gesunkene Abgangsverluste auf Kapitalanlagen (0,3 Mio. € nach 0,9 Mio. €) zurückzuführen. Ohne Erträge und Aufwendungen auf Rechnung der Kunden belief sich 2024 das Netto-Kapitalanlageergebnis auf 30,4 Mio. € und fiel damit ebenfalls deutlich höher aus als 2023 mit 25,4 Mio. €. Der Anstieg ist auf dieselben oben beschriebenen Effekte zurückzuführen. Die laufenden Erträge der Gesellschaft stiegen bei einem wachsenden Kapitalanlagebestand deutlich an.

Der Kapitalanlagebestand ohne Kundenfonds entwickelte sich ebenfalls positiv. Der moderate Anstieg von 1.467,3 Mio. € auf 1.609,5 Mio. € blieb im Rahmen der Erwartungen. Für die DEVK Pensionsfonds-AG erwarten wir im Bereich der Kapitalanlagen 2024 bei moderat steigendem Kapitalanlagebestand im Vergleich zu 2023 aufgrund positiverer Entwicklungen an den Kapitalmärkten und steigender Ausschüttungen der Kundenfonds ein deutlich höheres absolutes Ergebnis. Insgesamt gehen wir im Jahr 2024 von einer deutlich höheren Nettoverzinsung mit und einer moderat höheren Nettoverzinsung ohne Kundenerträge im Vergleich zum Vorjahr aus.

Die Asset Allokation des Pensionsfonds weist im Jahr 2024 keine signifikanten Änderungen gegenüber dem Vorjahr auf.

Der Rohüberschuss ist im Vergleich zum Vorjahr um 24,5 % gestiegen, lag jedoch deutlich über der letztjährigen Prognose. Dieses Ergebnis ist im Wesentlichen auf die Kapitalmarktentwicklung zurückzuführen.

Neuzugang und Bestand

Im Berichtsjahr waren per Saldo 13.324 Zugänge im Anwärter- bzw. Rentnerbestand (Versorgungsverhältnisse auf Personenebene) zu verzeichnen (Vorjahr 12.780). Die Entwicklung entsprach den Erwartungen.

Der Anwärterbestand entwickelte sich erneut positiv. Die Zahl der Anwärter nahm im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 % zu (Vorjahr 5,6 %). Der Bestand umfasst 333.373 Verträge für 237.138 Personen in der Anwartschaft, davon 176.658 Männer und 60.480 Frauen (Vorjahr 319.064 Verträge, 225.153 Personen, davon 168.058 Männer und 57.095 Frauen).

Der Bestand an Versorgungsverhältnissen im Rentenbezug stieg um 18,9 % (Vorjahr 14,0 %) auf 8.410 (Vorjahr 7.071).

Ca. 93 % des Bestands (Vorjahr 92 %) und 93 % des Neugeschäfts (Vorjahr 94 %) resultieren aus Versorgungszusagen im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen und aus Entgeltumwandlung von Mitarbeitern der Deutschen Bahn.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Pensionsfondstechnisches Ergebnis vor Beitragsrückerstattung	14.281	12.277	2.004
Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen	12.081	9.808	2.273
Nichtpensionsfondstechnisches Ergebnis	-1.193	-1.751	558
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	1.007	718	289
Steuern	256	218	38
Gewinnabführung	750	500	250
Jahresüberschuss	-	-	-

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Beiträge nahmen um 36,2 Mio. € zu und beliefen sich per Jahresultimo auf 326,7 Mio. € (Vorjahr 290,5 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahreswert bedeutet dies einen Anstieg um 12,5 % (Vorjahr 5,1 %). Der Beitragszuwachs resultiert im Wesentlichen aus der tarifvertraglichen arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung der Deutsche Bahn AG sowie der Wettbewerbsbahnen.

Versorgungsfälle

Die Aufwendungen für Versorgungsfälle lagen für das Kalenderjahr 2024 mit 58,4 Mio. € um 2,8 Mio. € über dem Vorjahr (55,6 Mio. €). Wesentlich für den Anstieg sind die einmaligen Abfindungs-Zahlungen bei Rentenbeginn bzw. bei Beendigung des Dienstverhältnisses.

Im Jahr 2024 nutzten ca. 45 % der neuen Altersrentner die mögliche Teilkapitalauszahlung von bis zu 30 % des Versorgungskapitals bei Rentenübergang.

Kosten

Die Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb betrugen insgesamt 6,4 Mio. € (Vorjahr 6,6 Mio. €). Davon entfielen 3,7 Mio. € auf Verwaltungsaufwendungen (Vorjahr 3,9 Mio. €). Die aktuelle Kostenbelastung wird maßgeblich beeinflusst durch das laufende Migrationsprojekt.

Kapitalerträge

Das Netto-Kapitalanlageergebnis inklusive realisierter Kundenerträge betrug im Berichtsjahr 48,7 Mio. € (Vorjahr 35,7 Mio. €) und ist auf höhere ordentliche Erträge sowie gesunkene Abgangsverluste zurückzuführen. Ohne Kundenerträge lag das Netto-Kapitalanlageergebnis bei 30,4 Mio. € (Vorjahr 25,4 Mio. €) und damit deutlich über Vorjahr. Dieser Anstieg resultiert aus denselben beschriebenen Effekten. Die Nettoverzinsung ohne Kundenerträge lag mit 2,0 % nach 1,8 % über dem Vorjahreswert.

Sonstiges Ergebnis

Das sonstige Ergebnis belief sich im Berichtsjahr auf -1,2 Mio. € (Vorjahr -1,8 Mio. €).

Steuern

Aufgrund des im Jahr 2013 geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG wurde eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft hergestellt.

Steuern vom Einkommen und Ertrag resultierten aus ausländischer Quellensteuer und aus den Bestimmungen des § 36a EStG. Bei den sonstigen Steuern handelt es sich zum überwiegenden Teil um Lohnsteuer.

Geschäftsergebnis und Gewinnverwendung

Der Rohüberschuss betrug im Berichtsjahr 12,8 Mio. € (Vorjahr 10,3 Mio. €). Hiervon wurden 12,1 Mio. € (Vorjahr 9,8 Mio. €) der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Damit wurden 94 % (Vorjahr 95 %) des Rohüberschusses für die Überschussbeteiligung der Versorgungsberechtigten verwendet.

Aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags wurden 0,8 Mio. € an die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG abgeführt (Vorjahr 0,5 Mio. €).

Finanzlage des Unternehmens

Cashflow

Die für die laufenden Zahlungsverpflichtungen erforderliche Liquidität ist durch eine rollierende Liquiditätsplanung gewährleistet, die die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung der folgenden zwölf Monate berücksichtigt. Der Gesellschaft fließen durch Beitragseinnahmen, Kapitalanlageerträge und den Rückfluss von Kapitalanlagen laufend liquide Mittel zu. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit, das heißt der Mittelbedarf für das Nettoinvestitionsvolumen, betrug im Geschäftsjahr 168,5 Mio. €. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden überwiegend durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Solvabilität

Bei den Eigenmitteln, die gemäß § 238 VAG zur dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen nachzuweisen sind, ist eine deutliche Überdeckung gegeben.

Vermögenslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Kapitalanlagen	1.609.473	1.467.269	142.204
Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitgebern und Arbeitnehmern	1.203.671	927.617	276.054
Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft	1.007	806	201
Sonstige Forderungen	3.714	10	3.704
Zahlungsmittel	505	38	467
Übrige Aktiva	13.097	9.458	3.639
Gesamtvermögen	2.831.467	2.405.198	426.269
Eigenkapital	24.334	19.334	5.000
Pensionsfondstechnische Rückstellungen	1.600.383	1.450.880	149.503
Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern	1.203.671	927.617	276.054
Anderer Rückstellungen	1.058	1.420	-362
Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft	0	1.396	-1.396
Übrige Passiva	2.021	4.551	-2.530
Gesamtkapital	2.831.467	2.405.198	426.269

Der Zuwachs der Pensionsfondstechnischen Rückstellungen ist im Wesentlichen auf Beitragseinnahmen innerhalb des Geschäftsjahres zurückzuführen.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds betrugen zum Jahresende 1.609,5 Mio. € (Vorjahr 1.467,3 Mio. €). Hinzu kommen 1.203,7 Mio. € an Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Investmentfonds (Vorjahr 927,6 Mio. €). In dem deutlichen Anstieg dieses Kapitalanlagebestandes schlägt sich die Entwicklung der Beitragseinnahmen und die Performance der Kundenfonds positiv nieder. Das Wachstum der Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wird auch 2025 weiter Bestand haben, sofern größere Aktienmarktrückgänge ausbleiben.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit¹

Die Kundenzufriedenheit ist für die DEVK das oberste strategische Ziel. Deshalb analysiert die DEVK jährlich die Zufriedenheit der eigenen Kunden.

Hierfür wird eine Versicherungsmarktstudie zugrunde gelegt, die die Kundenzufriedenheit von 21 Top-Serviceversicherern in Deutschland anhand einer Punkteskala abbildet. Entwicklungen im Zeitablauf und im Mitbewerbsvergleich werden hierdurch anschaulich messbar. Im Hinblick auf die Gesamtzufriedenheit belegt die DEVK aktuell Platz 7. Als Ziel für die Kundenzufriedenheit hat sich die DEVK für die kommenden Jahre die Erreichung des ersten Platzes gesetzt.

Kundenzufriedenheitsindex

	Geschäftsjahr Punkte	Vorjahr Punkte
Ist	777	772
Ziel	777	774

Für 2025 wurden als Zielwert 790 Punkte festgelegt.

Mitarbeitendenzufriedenheit¹

Der DEVK ist die Meinung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig. Die Zufriedenheit und das Engagement der Mitarbeitenden mit ihrem Arbeitskontext sowie mit ihren Führungskräften, Kolleginnen und Kollegen, Aufgaben sowie der Unternehmenskultur sind das Herzstück der Arbeitgeberattraktivität.

Mitarbeitendenbefragungen sind ein fester Bestandteil der DEVK-Kultur. Ein gutes Betriebsklima ist der DEVK wichtig. Sie fragt die Belegschaft regelmäßig nach ihrer Meinung. In anonymen Onlineumfragen geht es um Einschätzungen und Wünsche. Das Unternehmen veröffentlicht die Ergebnisse intern und bezieht sie in zukünftige Entscheidungen mit ein. Mit der Befragungslandschaft „DEVK VOICE“ werden regelmäßig Befragungen zu aktuellen Themen im Innen- und Außendienst durchgeführt. Außerdem hat die DEVK die Umfrage zur Erfassung psychischer Gefährdung am Arbeitsplatz, zu der die DEVK gesetzlich verpflichtet ist, extrahiert. Die Befragung „VOICE Mental Health“ wurde im Mai 2024 erstmals auf neuem Wege unternehmensweit durchgeführt. Hierdurch wurden wichtige Erkenntnisse über Ressourcen und Belastungen in der DEVK gewonnen.

Mitarbeitendenzufriedenheitsindex

	Geschäftsjahr Punkte	Vorjahr Punkte
Ist	714	708
Ziel	733	763

Für 2025 wurden 720 Punkte als Zielwert festgelegt.

Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2024 zufriedenstellend entwickelt.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Dem DEVK-Pensionsfonds bieten sich aufgrund seiner Nähe zu den führenden Teilnehmern des Verkehrsmarktes weiterhin Wachstumsmöglichkeiten.

Durch eine Produktentwicklung in Zusammenarbeit mit unseren Gremien, einerseits im Hinblick auf die bestehenden Anforderungen unserer Versorgungsberechtigten und Vertragspartner sowie andererseits im Hinblick auf die Finanzierbarkeit und Kapitalanlage, erwarten wir auch künftig ein Wachstum und eine Ausweitung unserer Geschäftstätigkeit.

Für das Geschäftsjahr 2025 rechnen wir mit einem leicht positiven Neugeschäft über dem Vorjahresniveau. Dieses resultiert vornehmlich aus der tarifvertraglich vereinbarten betrieblichen Altersversorgung der Deutsche Bahn AG und der Wettbewerbsbahnen.

Wir gehen davon aus, dass die Beitragseinnahmen 2025 aufgrund der abgeschlossenen beziehungsweise in Verhandlung befindlichen Tarifverträge im Bahnsektor leicht über dem Vorjahr liegen.

Bei den Aufwendungen für Versorgungsfälle rechnen wir 2025 im Saldo mit einem leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Dies resultiert auf der einen Seite aus dem wachsenden Rentnerbestand und der steigenden Anzahl an Rentenübergängen ab dem 63. Lebensjahr und auf der anderen Seite aus der Möglichkeit, Rentenzahlungen bis zu einer bestimmten Höhe gegen einmalige Zahlungen abzufinden.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der kommenden Jahre wird nicht unwesentlich durch die zweite Amtszeit Donald Trumps und die damit verbundenen Folgen geprägt werden. Insbesondere der verfolgte „America-First-Ansatz“ führt zu konträren Rahmenbedingungen zwischen den USA und dem Rest der Welt (insbesondere Europa und China), was sich auch in der Entwicklung der Inflationsraten und der damit verbundenen Notenbankpolitik widerspiegeln wird. Die geforderte Einführung von Einfuhrzöllen der Trump-Administration könnte in Kombination mit Gegenzöllen in Europa zu einem Wiederaufkeimen der Inflation, sowohl in den USA, als auch in Europa, führen. Andererseits dominiert die konjunkturelle Schwäche in Europa, sodass wir davon ausgehen, dass die EZB in der Tendenz weiter eine expansive Geldpolitik betreiben kann, um Investitionsanreize zu schaffen. In den USA hingegen erwarten wir, dass die Fed bedingt durch den Preisdruck kurz- bis mittelfristig zu einer restriktiveren Notenbankpolitik zurückkehrt, die Zinsen also erhöht.

In Deutschland wird die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich vom Ausgang der Koalitionsverhandlungen der vorgezogenen Bundestagswahl nach dem Scheitern der Ampel-Koalition abhängen. Nötig sind insbesondere wirtschaftspolitische Maßnahmen, um die globale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industriezweige wiederherzustellen und die deutsche Exportwirtschaft zu stärken. Eine signifikante Trendwende nehmen wir aufgrund der möglichen Regierungskonstellationen jedoch nicht an. Diese Einschätzung spiegelt auch der Ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland wider, welcher sich zum Jahresende hin weiter verschlechtert hat. Insbesondere die Erwartungshaltung der befragten Unternehmen trübt sich weiter ein. Zudem sind wichtige wirtschaftliche Frühindikatoren, wie Einkaufsmanagerindizes, im Jahresverlauf kontinuierlich gesunken. So notierte der Einkaufsmanagerindex der Industrie in Deutschland zum Jahresende 2024 mit 42,5 Punkten deutlich unter der neutralen 50-Punkte-Marke.

Bestehende und drohende militärische Konflikte verstärken unserer Einschätzung nach zudem bereits bestehende deglobalisierende Tendenzen, was wiederum inflationär wirkt. Eine erneute Eskalation im Nahen Osten und eine politische/militärische Neuordnung der Region nach dem Zusammenbruch des Assad-Regimes in Syrien könnte zudem Auswirkungen auf die Energiepreise und somit auch auf die globalen Kapitalmärkte haben, was wiederum inflationstreibend wirken könnte. Daneben herrscht eine große Diskrepanz zwischen den negativen Fundamentaldaten und der durchaus positiven Gewinnerwartung vieler Aktienunternehmen der großen Indizes, sodass wir insgesamt für den Aktienmarkt 2025 ein volatiles Umfeld prognostizieren.

Die globale Konjunktur steuert nach Prognosen des Internationalen Währungsfonds auf ein im historischen Kontext schwaches Wirtschaftswachstum von 3,2 % für 2025 zu und bewegt sich damit auf dem Niveau von 2024. In China ist laut IWF zudem kein Ende der Krise am Immobilienmarkt, der einen großen Anteil am BIP hat,

in Sicht. Für 2024 geht der IWF für China von einem Wachstum von 4,8 % und 4,5 % in 2025 aus. Gerade für exportgetriebene Länder wie Deutschland würde diese Tendenz einen weiteren Wachstumsdämpfer darstellen.

Insgesamt sehen wir aufgrund der beschriebenen Unsicherheiten einen anhaltend volatilen Kapitalmarkt im Jahr 2025. Im Rahmen der gesunkenen Inflation und der zuletzt expansiven Notenbankpolitik sind in Europa insbesondere aufgrund der konjunkturellen Schwäche mittelfristig sinkende Renditen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitenbereich wahrscheinlich. Dies führt zu einer weiteren Normalisierung der Zinsstrukturkurve, sodass die kurzfristigen Renditen wieder tiefer liegen als die langfristigen. Sollte das Renditeniveau bei längeren Laufzeiten – wie von uns erwartet – nicht so stark sinken, wäre dies für Langfristanleger wie Lebensversicherungen zur Abbildung versicherungstechnischen Verpflichtungen in der Kapitalanlage von Vorteil.

Für die DEVK Pensionsfonds-AG erwarten wir im Bereich der Kapitalanlagen 2025 bei deutlich steigendem Kapitalanlagebestand im Vergleich zu 2024 aufgrund des Neuanlagevolumens, der Erwartung einer leichten Erholung im Immobilienbereich und steigender Ausschüttungen der Kundenfonds ein moderat höheres absolutes Ergebnis. In Relation zum Kapitalanlagebestand gehen wir im Jahr 2025 von einer leicht niedrigeren Nettoverzinsung mit Kundenerträgen im Vergleich zum Vorjahr aus. Ohne Kundenerträge prognostizieren wir eine Nettoverzinsung auf Vorjahresniveau. Die prognostizierte Entwicklung kann bei einem Wiederanstieg der Inflation, der Einführung und Ausgestaltung von Handelszöllen seitens der USA, einer tieferen und länger anhaltenden Rezession oder der zunehmenden Eskalation globaler militärischer Konflikte negativ abweichen.

Aus dem Rohüberschuss erwarten wir 2025 ein Ergebnis in der Größenordnung von 14,8 Mio. € und rechnen damit, auch im kommenden Jahr an die Ergebnisse der Vorjahre anschließen zu können.

Im Geschäftsjahr 2025 strebt die DEVK eine weitere Verbesserung der Kundenzufriedenheit an. Der zur Messung verwendete Index soll von 777 Punkten (Istwert 2024) auf 790 Punkte gesteigert werden.

Bezüglich der Mitarbeitendenzufriedenheit hat sich die DEVK einen Indexwert von 720 Punkten als Ziel gesetzt. Das Ziel für 2025 liegt damit 6 Punkte über dem Istwert 2024.

Chancenbericht

Seit 2020 haben wir unseren Fokus noch stärker auf die Zielgruppen des Verkehrsmarktes gelegt, um insbesondere den Wünschen und Bedürfnissen der Mitarbeitenden im Schienen-, Personen- und Güterverkehr gerecht zu werden. Dabei wurden schon verschiedene Veranstaltungen und Maßnahmen erfolgreich durchgeführt, um bei Fragen rund um Sicherheit, Gesundheit und Versorgung zu informieren und zu unterstützen. Daran wollen wir auch im Jahr 2025 anknüpfen und unsere Kundenbindungen weiter ausbauen.

In der Kapitalanlage sehen wir im Jahr 2025 neben den Risiken und trotz des volatilen Marktumfeldes auch attraktive Investitionsmöglichkeiten. In der Regel steigen in einem Rezessionsumfeld die Risikoaufschläge auf Anleihen im Gesamtmarkt an, sodass auch Unternehmen mit guter Bonität höhere Renditen zahlen müssen. Hier bietet sich die Möglichkeit unter Chance-Risiko Gesichtspunkten Anleihen mit attraktiven Renditen zu erwerben. Eine zunehmende Normalisierung der risikolosen Zinsstrukturkurve würde zudem positiv auf Kapitalanlagen wirken, die, wie beispielsweise Immobilieninvestitionen, teilweise variabel fremdfinanziert sind. Durch die erwartete Volatilität an den Aktienmärkten sehen wir 2025 Chancen insbesondere auf Einzeltitelebene.

Nach dem schwachen Immobilienergebnis 2024 infolge niedriger Bewertungen gehen wir 2025 von einer Erholung am Immobilienmarkt aus. Dafür spricht das grundsätzlich niedrigere Zinsniveau und die damit verbesserten Kreditkonditionen. Zusätzlich hält sich die Nachfrage nach Immobilien durch den Einbruch bei Neubauten in der jüngeren Vergangenheit auf einem guten Niveau. Gegebenenfalls bietet sich die Opportunität, derzeit niedrig bewertete Immobilien in sehr guten Lagen mit langfristigen bonitätsstarken Mietern günstiger zu erwerben und hiermit die Chance auf langfristig höhere Renditen. Der geplante Ausbau von Realwerten im Portfolio erhöht mittelfristig die Ertragschancen der Kapitalanlage.

Risikobericht

Gemäß § 289 Abs. 1 HGB und den Anforderungen des § 26 VAG in Verbindung mit den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (MaGo für EbAV) entsprechend, wird an dieser Stelle über die Risiken der künftigen Entwicklung berichtet.

Risikomanagementsystem

Der Vorstand eines Pensionsfondsunternehmens ist nach § 26 Abs. 1 VAG in Verbindung mit § 234c VAG für die Einrichtung eines angemessenen Risikomanagements verantwortlich. Die Grundlagen des Risikomanagements sowie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind innerhalb der DEVK in der Risikostrategie sowie den Solvency II-Leitlinien zum Risikomanagement geregelt.

Die Risikomanagementfunktion und das zugehörige Risikomanagementsystem wurden gemäß den Solvency II- bzw. EbAV-II-Anforderungen ausgerichtet. Die Risikomanagementfunktion wurde als Schlüsselfunktion in einer zentralen Einheit etabliert. Unterstützt wird die Risikomanagementfunktion durch dezentrale Risikomanagementeinheiten, wie z. B. Kapitalanlagen. Hierzu findet ein regelmäßiger Austausch statt, nicht zuletzt durch die dezentrale Risikorunde bzw. das Risikokomitee. Das Risikomanagementsystem verfügt somit sowohl über eine zentral organisierte Einheit, deren Aufgabe es ist, das Risikomanagement übergreifend über alle Risikokategorien sicherzustellen, als auch über dezentrale Risikomanagementeinheiten, die mit ihrem Spezialwissen die Risikosituationen betrachten. Die operative Risikoverantwortung der Fachbereiche sowie die Verantwortung des Vorstands bleiben hiervon unberührt. Die Risikomanagementfunktion verantwortet die Methoden und Verfahren des Risikomanagements und ist für die konzeptionelle Entwicklung und Pflege des unternehmensweiten Risikomanagementsystems zuständig. Sie übernimmt die Koordinationsfunktion und unterstützt die Risikoverantwortlichen in den Fachbereichen.

Kernelemente zur Steuerung der Risiken der DEVK sind das Risikotragfähigkeitskonzept und das Limitsystem. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt eine ausreichende Hinterlegung von Eigenmitteln für alle wesentlichen Risiken sicher. Es dient dazu, den Risikoappetit des Unternehmens abzubilden und zu operationalisieren. Dafür werden für die wesentlichen Risiken („Marktrisiko“, „versicherungstechnisches Risiko“ und „Ausfallrisiko“) Grenzwerte bestimmt, um die Zielbedeckungsquote der Unternehmen für ein vordefiniertes Sicherheitsniveau sicherzustellen. Dadurch werden den genannten Risiken jährlich neue Maximalgrenzen für das jeweilige Risikokapital zugeordnet.

Zur Operationalisierung der Risikosteuerung wird innerhalb der DEVK ein Limitsystem als Überwachungssystem zur frühzeitigen Risikoidentifikation und -bewertung eingesetzt. Die Limitauslastung wird in Form von Risikokennzahlen dargestellt.

Zusätzlich wird halbjährlich eine umfassende Risikoinventur durchgeführt. Die Risiken werden strukturiert mit Hilfe einer Softwarelösung erhoben und nach Risikokategorien unterteilt. Die Risiken werden so weit wie möglich quantifiziert. Die zur Risikosteuerung notwendigen Maßnahmen werden erfasst. Zudem werden Risiken ad hoc betrachtet, sofern sie wesentlich sind.

Mit Hilfe von Risikotragfähigkeitskonzept, Limitsystem und Risikoinventur kann unmittelbar und angemessen auf Entwicklungen reagiert werden, die für die DEVK ein Risiko darstellen. Wirksamkeit und Angemessenheit werden durch die interne Revision überwacht.

Die Risikolage der Einzelunternehmen und des Konzerns wird quartalsweise anhand des Risikoberichts in der dezentralen Risikorunde sowie im Risikokomitee erörtert. Hierbei werden die als wesentlich identifizierten Risiken, die Limitauslastungen und die aktuellen Risikotreiber berücksichtigt. Anschließend wird den jeweils verantwortlichen Vorständen im Rahmen einer Vorstandsvorlage der Risikobericht vorgelegt.

Der Bericht zur Eigenen Risikobeurteilung (ERB) wurde zuletzt zum Stichtag 31. Dezember 2023 erstellt. Die erneute Berichterstattung erfolgt gemäß aktuell gültiger Vorgabe zum Stichtag 31. Dezember 2026.

EbAV-II-Richtlinie

Die Vorschriften der Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV-II-Richtlinie) sowie der aus der Neufassung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) abgeleiteten Informationspflichten-Verordnung werden in den Standard-Prozessen des Unternehmens berücksichtigt. Zu den Vorschriften gehört u. a. die Anzeigen von Schlüsselfunktionen, die Berücksichtigung von Änderungen in den Gruppen-Leitlinien, Anforderungen an das Vergütungssystem, das veränderte Meldewesen gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Bundesbank sowie Anforderungen an die Anlagepolitik und erweiterte Informationspflichten gegenüber Kunden.

Pensionsfondstechnische Risiken

In einem Pensionsfonds sind dies im Wesentlichen das biometrische Risiko, das Zinsgarantierisiko (z. B. bzgl. der Finanzierung der garantierten Mindestleistung) und das Kostenrisiko.

Das biometrische Risiko besteht darin, dass sich die in den Pensionsplänen verwendeten Rechnungsgrundlagen, z. B. Sterbewahrscheinlichkeiten, im Laufe der Zeit verändern.

Für Hinterbliebenenrentenanwartschaften zu laufenden Rentenleistungen sowie für laufende Invalidenrenten wird eine biometrische Nachreservierung gebildet. Insgesamt ergeben sich aus den für die Reserveberechnung verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen aus heutiger Sicht ausreichende Sicherheitsmargen.

Mit Einführung von Unisex-Tarifen im Jahr 2013 ist die Bestandszusammensetzung nach Geschlecht (Mischungsverhältnis) zum weiteren Kalkulationsparameter geworden. Das Mischungsverhältnis wurde vorsichtig gewählt, wird regelmäßig überprüft und enthält nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars ausreichende Sicherheitsmargen.

Das Zinsgarantierisiko besteht darin, dass die sich aus den Pensionsplänen ergebenden Zinsverpflichtungen bzw. die garantierten Mindestleistungen nicht finanziert werden können.

Im Geschäftsjahr 2024 verminderte sich die Zinszusatzreserve um 27 Tsd. € auf 476 Tsd. €. Der maßgebliche Referenzzins beträgt zum 31. Dezember 2024 unverändert 1,57 %, sodass die Bildung einer Zinszusatzreserve für Verträge mit einem Garantiezins von mindestens 1,75 % erforderlich war. Aufgrund der aktuellen Zinssituation ist davon auszugehen, dass sich diese zusätzliche Deckungsrückstellung in den kommenden Jahren weiter vermindern wird.

Zurzeit liegen ausreichende Sicherheitsmargen vor. Wir gehen davon aus, dass – aus heutiger Sicht – auch zukünftig ausreichende Sicherheitsspannen gegeben sind.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass in den vergangenen Jahren trotz der teils turbulenten Marktentwicklungen regelmäßig hohe Kapitalanlageergebnisse erzielt wurden, so dass die freien Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung einen weiteren Puffer darstellen.

Durch eine sorgfältige Produktentwicklung und ständige aktuarielle Verlaufsanalysen wird regelmäßig sichergestellt, dass die verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessen sind und ausreichende Sicherheitsmargen enthalten. Darüber hinaus ist ein zusätzliches Ausgleichs- und Stabilisierungspotenzial durch die freien Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gegeben.

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten die rechnungsmäßigen Kosten übersteigen oder die anwartschaftlichen Vertragsguthaben nicht zur Deckung der garantierten Leistungen sowie der rechnungsmäßigen Kosten ausreichen. Für Verträge in der Anwartschaft ist aufgrund der vertraglichen Regelungen sowie der kollektiven Sicherungsmechanismen weitestgehend davon auszugehen, dass die tatsächlichen Kosten voraussichtlich auf Dauer gedeckt werden können. Die Absenkung des Höchstrechnungszinses zum 1. Januar 2022 führte in einem Teilbestand dazu, dass diese Deckung gefährdet ist. Die hiervon betroffenen Tarife wurden zum 1. Januar 2023 größtenteils abgelöst. Für das Neugeschäft seit dem 1. Januar 2022 wird eine Zusatzrückstellung gebildet, um die Finanzierung der zugesicherten Leistungen sicherzustellen. Für Alt-Verträge mit laufender Rentenzahlung wird seit 2013 eine Kostennachreservierung vorgenommen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass aus Verträgen mit laufender Rentenzahlung langfristig ausreichende Kosteneinnahmen generiert werden. Zur Bedeckung temporär erhöhter tatsächlich anfallender Kosten, die durch die rechnungsmäßigen Kosten nicht ausgeglichen werden, wurde 2021 eine pauschale Kostennachreservierung gebildet.

Die Kostensituation der DEVK Pensionsfonds-AG wird auch zukünftig intensiv beobachtet und analysiert, dies gilt insbesondere hinsichtlich der Wechselwirkungen zwischen Zinsgarantie- und Kostenrisiko. Aktuell liegt eine starke Belastung durch ein Migrationsprojekt vor.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft ergeben sich aus Forderungen gegenüber Versorgungsberechtigten sowie Vermittlerinnen und Vermittlern nicht.

Kapitalanlagerisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- das Risiko ungünstiger Marktpreisentwicklungen, insbesondere Zins-, Aktien-, Immobilien- oder Wechselkursrisiken,
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko),
- das Risiko stark korrelierender Risiken, die das Ausfallrisiko erhöhen (Konzentrationsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Im Bereich der Kapitalanlagen werden die Vorschriften der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV) zu Grunde gelegt. Kurs- und Zinsrisiken wird durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Darüber hinaus beschränken wir das Bonitätsrisiko bzw. das Konzentrationsrisiko durch strenge Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von uns gewählten Emittenten, so dass keine existenzgefährdenden Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern bestehen. Durch eine Anlehnung der Fälligkeitsstruktur der Zinsanlagen an die Verpflichtungen ist ein ausreichender Liquiditätszufluss gewährleistet. Die bestehende Beimischung von Realwerten, insbesondere Immobilien mit einem zinsähnlichen Zahlungsprofil, sorgt auch zukünftig neben der Wahrung von Ertragschancen für eine hohe Diversifikation innerhalb der Kapitalanlagen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 haben wir einen eigenen Kapitalanlagestresstest durchgeführt. Der Kapitalanlagestresstest überprüft, ob der Pensionsfonds trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf den Kapitalmärkten in der Lage ist, die gegenüber den Kunden eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Kapitalanlagestresstest simuliert eine kurzfristige, adverse Kapitalmarktveränderung und betrachtet die bilanziellen Auswirkungen für den Pensionsfonds. Zielhorizont ist der nächste Bilanzstichtag. Es wird eine negative Entwicklung auf dem Aktienmarkt bei gleichbleibendem Rentenmarkt, ein gleichzeitiger „Crash“ auf dem Aktien- und Rentenmarkt sowie auf dem Aktien- und Immobilienmarkt unterstellt.

Zur Absicherung von Kapitalanlagerisiken bestehen Ende 2024 die folgenden Maßnahmen:

- Ausrichtung der Kapitalanlagen anhand der Fristigkeit der passivseitigen Verpflichtungen
- Währungskongruente Refinanzierungen im Bereich der indirekten Immobilieninvestments.

Signifikante Liquiditätsrisiken liegen aufgrund der besonderen Konstruktion des Pensionsfonds nicht vor. Eine detaillierte mehrjährige Kapitalanlageplanung wird regelmäßig erstellt.

Zinsblock

Per 31. Dezember 2024 beträgt der Zinsblock des Pensionsfonds 1.504,9 Mio. €. Dieser weist zum Stichtag eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 238,8 Mio. € auf, diese betrug im Vorjahr minus 220,3 Mio. €. Insgesamt sind 991,7 Mio. € als direkt gehaltene Inhaberpapiere und auf eigene Rechnung gehaltene Rentenfonds bei Zinsanstiegen abschreibungsgefährdet. Im Zinsblock enthalten sind reine Rentenfonds, die vorgehalten werden, um hieraus den Versorgungsberechtigten bei Beitragseingang die entsprechenden Fondsanteile in den Anlagestock abgeben zu können (Pufferdepot). Inhaberpapiere und auf eigene Rechnung gehaltene Rentenfonds im Volumen von 986,2 Mio. € haben wir dem Anlagevermögen gewidmet, da die Absicht besteht, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten und etwaige Kursschwankungen als vorübergehend eingeschätzt werden. Diese Kapitalanlagen weisen eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 114,8 Mio. € auf. Darin enthalten sind stille Lasten in Höhe von 130,5 Mio. € (Vorjahr 116,7 Mio. €) sowie stille Reserven in Höhe von 15,7 Mio. € (Vorjahr 24,7 Mio. €). Da die Entwicklung der stillen Lasten primär auf die Marktzinsbewegung zurückzuführen ist und keine Anhaltspunkte für eine Bonitätsverschlechterung vorliegen, besteht aufgrund der Halteabsicht bis zur Endfälligkeit keine dauerhafte Wertminderung. Die Auswirkung einer Renditeverschiebung um +/-1 %-Punkt bedeutet eine Wertveränderung von -148,0 Mio. € bzw. 177,2 Mio. €.

Die Angabe der Auswirkung eines Zinsanstiegs um einen Prozentpunkt gibt nur ansatzweise einen Hinweis auf den Einfluss auf unsere Ertragssituation. Grund dafür ist, dass sich innerhalb eines Jahres durch Restlaufzeitverkürzung der einzelnen Wertpapiere Marktwertveränderungen und Veränderungen der Zinssensitivität ergeben. Weiterhin ist der überwiegende Teil unserer Zinsanlagen in – dem Anlagevermögen gewidmeten – Inhaberschuldverschreibungen oder zum Nennwert bilanzierten Anleihen investiert. Hier führt ein Anstieg des

Marktzins aufgrund der Bilanzierungsvorschriften nicht zu Abschreibungen. Weisen die Wertpapiere noch stille Reserven aus, würden diese zunächst abgebaut. Ausnahme hiervon sind Wertverluste aufgrund von Bonitätsverschlechterungen, die sich bei den jeweiligen Emittenten ergeben könnten. Diese würden sich unter anderem in einer kurzfristigen Ausweitung der Risikozuschläge verdeutlichen. Sie bewegten sich im Jahr 2024 jedoch weitestgehend seitlich. Ansteigende Risikozuschläge infolge von Bonitätsverschlechterungen in einer wirtschaftlichen Abschwächung, Erwartung einer länger anhaltenden Rezession und einer wieder ansteigenden Inflation oder einer Aktienmarktkorrektur halten wir 2025 für möglich.

Die Kapitalanlage für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds orientiert sich an den Laufzeiten der Passivseite (Durationsmatching) und besteht zum großen Teil aus Staatsanleihen (41,3 %). Weitere 30,3 % der Kapitalanlagen bestehen bei Zinstiteln von Kreditinstituten und 11,0 % von Unternehmen. Anleihen von Emittenten aus Russland und der Ukraine sind nicht im Direktbestand oder in durchgeschauten Spezialfonds vorhanden. In der Neuanlage wird aktuell mehrheitlich in Bank- sowie Unternehmensanleihen oder staatsnahe Emissionen investiert.

Unsere Zinsanlagen weisen folgende Ratingverteilung auf:

Ratingverteilung		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
AA- und besser	86,5 %	88,2 %
A+ bis A-	13,5 %	11,8 %

Der Anteil an Ratings des Pensionsfonds im Bereich „AA- und besser“ sank gegenüber dem Vorjahr leicht, die Anlage in der Ratingklasse „A+ bis A-“ ist gleichermaßen gestiegen. In der Wiederanlage wurden ausschließlich Anleihen mit hoher Bonität gekauft. Die Risikolage im Bereich des Kreditrisikos hat sich ausgehend von einem sehr hohen Niveau im Vergleich zum Vorjahr leicht verschlechtert. Wir werden auch zukünftig bei Neu- und Wiederanlagen ausschließlich in Zinspapiere hoher Bonität investieren.

Aktienanlagen

Am Bilanzstichtag waren zu Buchwert 1,1 Mio. € (Vorjahr 3,9 Mio. €) in Aktienfonds investiert, die vorgehalten werden, um hieraus den Versorgungsberechtigten bei Beitragseingang die entsprechenden Fondsanteile in den Anlagestock abgeben zu können (Pufferdepot). Der direkte Aktienbestand stieg deutlich von 4,6 Mio. € auf 5,1 Mio. €. Die Bewertungsreserve auf diesen Aktien zum 31. Dezember 2024 ist unverändert positiv und beträgt 2,2 Mio. € (Vorjahr 1,8 Mio. €). Zudem verfügt die Gesellschaft seit 2020 über einen ersten Bestand an indirekten Private Equity-Investitionen mit einem Volumen in Höhe von 4,1 Mio. € (Vorjahr 4,3 Mio. €). Dieser weist Ende 2024 Reserven in Höhe von 3,3 Mio. € auf.

Bei einer Marktveränderung von 20 % verändert sich der Wert unseres Aktienportfolios um 1,7 Mio. €. Der deutsche Aktienindex hat sich inklusive Dividenden im Jahr 2024 positiv entwickelt, während die Wertentwicklung des europäischen Aktienindex zwar insgesamt positiv in relativer Betrachtung jedoch deutlich schwächer ausfiel. Die Schwankungen innerhalb des Jahres waren z. T. hoch. Mittelfristig erwarten wir eine positive Entwicklung, allerdings unter zum Teil hohen Volatilitäten.

Immobilien

Am Bilanzstichtag waren 10,4 Mio. € in Immobilienfonds und 83,9 Mio. € in Grundstücksbeteiligungen investiert. Es bestehen noch Resteinzahlungsverpflichtungen in Höhe von 20,6 Mio. €. Auf Immobilienfondsebene

sehen wir keine außergewöhnlichen Risiken bezüglich Vermietung und Qualität der Immobilien. Wir erwarten nach den Bewertungskorrekturen der Gutachter im Jahr 2024 erste Werterholungen in 2025. Neben dem allgemeinen Immobilienrisiko kommt teilweise noch ein Währungsrisiko hinzu, welches zum Teil über währungskongruente Finanzierung und Devisentermingeschäfte abgesichert wird. Auswirkungen aus einem möglichen Abschwung am Immobilienmarkt werden durch vorhandene stille Reserven, Diversifizierung und möglichst langfristige, indexierte Mietverträge begrenzt. Abgesehen vom Inflationsrisiko, das über eine Indexierung der Mietverträge begrenzt wird, liegen keine besonderen Risiken vor.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen aus unzulänglichen oder fehlgeschlagenen betrieblichen Abläufen, Versagen technischer Systeme, menschlichem Fehlverhalten oder externen Ereignissen. Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Hierunter zählen auch Compliance-Risiken.

Das Management der operationellen Risiken erfolgt durch eine sorgfältige Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der betrieblichen Abläufe sind zu den Risiken entsprechende Kontrollen eingerichtet. Deren Funktionsfähigkeit wird laufend überwacht, etwaige Kontrollschwächen werden beurteilt und gegebenenfalls beseitigt. Im Rahmen des Internen Kontrollsystem-Prozesses erfolgt eine Zuweisung klarer Zuständigkeiten für die regelmäßige Ermittlung, Dokumentation und Überwachung relevanter Exponierungen gegenüber dem Risiko.

Operationelle Risiken werden schwerpunktmäßig in der halbjährlichen Risikoinventur und fortlaufend in der Prozessdokumentation erfasst und beschrieben.

Die Unterstützung der Geschäftsprozesse durch den IT-Betrieb bringt eine Vielzahl operationeller Risiken mit sich. Die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs werden durch umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen sowohl in den internen Rechenzentren als auch in Rechenzentren der Drittanbieter (Cloud) gewährleistet. Die IT-Infrastruktur der DEVK ist redundant ausgelegt. Die beiden Rechenzentren sind über zwei getrennte Glasfaserleitungen miteinander verbunden. Es werden im Rahmen der Cloud-Strategie zunehmend Systeme in der Cloud betrieben.

Seit 17. Januar 2025 gilt die DORA-Verordnung, die der Sicherstellung der digitalen operationalen Resilienz im Finanzsektor dient. Die DEVK hat Anforderungen und Vorgaben an ihre Governance und Prozesse in einer DOR-Strategie verankert. Die DORA hat maßgeblichen Einfluss auf die Betrachtung von IKT-Risiken im Risikomanagementrahmen des Unternehmens. Hierzu werden bestehende Prozesse und Methoden (z. B. Risikoinventur oder Limitsystem) genutzt, um eine effiziente Steuerung der Risiken sicherzustellen. Dies schließt auch die IKT-Drittparteienrisiken ein.

Künstliche Intelligenz (KI) bietet der DEVK Chancen, innovative Lösungen zu entwickeln und effizientere Prozesse zu gestalten, um Bedürfnissen ihrer Kundinnen und Kunden gerecht zu werden. Das Risikomanagement stellt im Einklang mit dem „EU AI Act“ sicher, dass potenzielle Gefahren und Schwachstellen in allen Phasen des Lebenszyklus eines KI-Systems systematisch identifiziert, bewertet und beherrscht werden. Die mit dem Einsatz von KI-System verbundenen Risiken werden im Rahmen des Risikomanagementprozesses gesteuert. Dies gewährleistet, dass KI-spezifische Risiken im Kontext der gesamten Unternehmensrisiken angemessen adressiert werden.

Die Informationssicherheits-Strategie der DEVK nennt als Sicherheitsziele die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Daten, Anwendungen und der IT-Infrastruktur. Zentrale Elemente des Informationssicherheits-Managements der DEVK sind das Informationssicherheits-Board und der Informationssicherheits-Beauftragte. Das Informationssicherheits-Board dient der strategischen Steuerung der Informationssicherheit der DEVK-Gruppe und der Vorbereitung sicherheitsrelevanter Entscheidungsvorlagen für den Vorstand. Der Informationssicherheits-Beauftragte steuert den Informationssicherheits-Prozess. Um ein gleichmäßiges und angemessenes Sicherheitsniveau zu erreichen, werden die Sicherheitsmaßnahmen am Schutzbedarf und den Bedrohungen ausgerichtet. Die DEVK strebt den Erhalt, im Hinblick auf das Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) für den IT-Betrieb die Zertifizierungsreife nach ISO27001 auf Basis des IT-Grundschutzes nach Standard des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik an.

Ein weiterer Baustein der Informationssicherheit ist auch die Sensibilisierung der Mitarbeitenden für die Gefahren aus Social Engineering, Datenschutz und Cyberkriminalität. Hierzu werden über unser Weiterbildungsportal entsprechende Schulungen angeboten bzw. verpflichtend absolviert. Außerdem werden regelmäßig Phishing-Kampagnen zur Risikosensibilisierung durchgeführt. Die DEVK hat zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um die Resilienz gegen Cyberangriffe weiter zu verbessern. Hervorzuheben sind die Einführung eines Werkzeugs zur Erkennung von Anomalien im internen Netz (NDR) und die Verbesserung des Schutzniveaus der Clients durch die Einführung eines Endpoint Detection and Response Systems (EDR).

Das Notfallmanagement (Business Continuity Management) ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems. Es gewährleistet, dass die DEVK bei Unterbrechungen zeitkritischer Aktivitäten ihren Geschäftsbetrieb auf einem festgelegten Mindestniveau (Notbetrieb) fortsetzen und schnellstmöglich eine Wiederherstellung des Normalbetriebs erreichen kann. Zentraler Bestandteil des Notfallmanagements ist die Identifizierung der zeit- und geschäftskritischen Aktivitäten einschließlich der erforderlichen Ressourcen. Als kritische Aktivitäten werden all jene bezeichnet, durch deren Ausfall eine Bestandsgefährdung der DEVK-Gruppe erfolgen kann. Szenariospezifisch bestehen Notfallpläne, die einen definierten Notbetrieb gewährleisten und eine schnelle Rückkehr zum Normalbetrieb ermöglichen. Notfallübungen dienen der Überprüfung der getroffenen Maßnahmen.

Auf der Grundlage der Anforderungen wurde ein IT-Service Continuity Plan mit folgenden Bestandteilen entwickelt:

- IT-Notfallhandbuch,
- Wiederanlaufpläne für alle geschäftskritischen Anwendungs-Services und Basisdienste und
- übergeordneter Wiederanlauf-Gesamtplan.

Der IT-Service Continuity Plan wird regelmäßig getestet, um sicherzustellen, dass die IT-Systeme effektiv wiederhergestellt werden können.

Das Management von Kopfmonopolen und Schlüsselpositionen ist grundsätzlich Bestandteil der Personalstrategie der DEVK-Gruppe. Im Rahmen der Personalplanung werden Kopfmonopole und Schlüsselpositionen regelmäßig erhoben. Zur Vermeidung von Kopfmonopolen wird Wissen auf mehrere Mitarbeitende verteilt. Dokumentationen unterstützen die Einarbeitung und Verteilung von Wissen.

Dem demografischen Risiko begegnet die DEVK-Gruppe mit Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität. Hierzu zählen verstärktes Personalmarketing und flexible Arbeitszeitmodelle zur Verbesserung

der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein aktives Gesundheitsmanagement wirkt dem Krankheitsrisiko der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entgegen.

Rechtliche Risiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Rechtsänderungsrisiken bezeichnen Risiken, die sich aufgrund einer Änderung des Rechtsumfelds einschließlich der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ergeben. Zu den Folgen aus Compliance-Risiken gehören rechtliche oder aufsichtsrechtliche Sanktionen und wesentliche finanzielle Verluste, die aus der Nichteinhaltung externer Anforderungen oder interner Vorgaben resultieren. Die DEVK hat ein Compliance-Management-System etabliert, das die Einhaltung externer Anforderungen und interner Vorgaben gewährleistet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Solvabilitätsverordnung werden erfüllt.

Projektionsrechnungen im Rahmen des ERB-Prozesses per 31. Dezember 2023 zeigen, dass eine ausreichende Bedeckung des Risikokapitals auch in Zukunft sichergestellt ist.

Insgesamt ist zurzeit keine Entwicklung erkennbar, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt und damit den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnte.

Der Pensionsfonds betreibt nach Maßgabe der jeweiligen Pensionsfondsverträge ein Altersversorgungssystem und damit ein Finanzprodukt i. S. der EU-Offenlegungsverordnung. Er verfolgt im Rahmen seiner Kapitalanlage keine Nachhaltigkeitsziele i. S. der EU-Offenlegungsverordnung. ESG-Merkmale und nachhaltige Investitionen i. S. von Art. 8 und Art. 9 der EU-Offenlegungsverordnung werden nicht gefördert. Nach aktueller Einschätzung des Pensionsfonds fällt das vom Pensionsfonds betriebene Altersversorgungssystem daher nicht unter Art. 8 Abs. 1 oder Art. 9 Abs. 1, 2 oder 3 der EU-Offenlegungsverordnung. Daher wird hierzu gemäß Art. 7 der EU-Taxonomie-Verordnung die folgende Erklärung gegeben: Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Köln, 6. März 2025

Der Vorstand

Joachim Gallus

Lutz Lammert

Dr. Michael Zons



Anlage zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Versorgungsverhältnissen im Geschäftsjahr 2024

	Anwärter	
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres		
	168.058	57.095
II. Zugang während des Geschäftsjahres		
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	15.718	5.396
2. sonstiger Zugang	-	46
3. gesamter Zugang	15.718	5.442
III. Abgang während des Geschäftsjahres		
1. Tod	363	69
2. Beginn der Altersrente	2.648	855
3. Invalidität	151	60
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-
5. Beendigung unter Zahlung von Beträgen	3.657	1.001
6. Beendigung ohne Zahlung von Beträgen	1	1
7. sonstiger Abgang	298	71
8. gesamter Abgang	7.118	2.057
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	176.658	60.480
davon:		
1. nur mit Anwartschaft auf Invaliditätsversorgung	-	-
2. nur mit Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung	-	-
3. mit Anwartschaft auf Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung	-	-
4. beitragsfreie Anwartschaften	-	-
5. in Rückversicherung gegeben	-	-
6. lebenslange Altersrente	-	-
7. Auszahlungsplan mit Restverrentung	-	-

Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten					
Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Summe der Jahresrenten Tsd. €	Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Witwen Tsd. €	Witwer Tsd. €	Waisen Tsd. €
5.078	1.633	4.509	290	59	11	213	46	5
1.046	294	1.043	50	20	-	35	17	-
-	-	62	-	-	-	3	-	-
1.046	294	1.105	50	20	-	38	17	-
46	15	46	3	2	-	2	1	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	5	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
46	15	46	3	2	5	2	1	-
6.078	1.912	5.568	337	77	6	249	62	5
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
5.306	1.670	4.720	-	-	-	-	-	-
444	106	418	-	-	-	-	-	-

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktivseite				
	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		6.198.039		5.489
II. geleistete Anzahlungen		48.474		45
			6.246.513	5.534
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	83.894.441			81.519
2. Beteiligungen	4.075.773			4.261
		87.970.214		85.780
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	60.142.774			61.289
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	948.207.046			842.382
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	460.350.200			434.657
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	52.803.168			43.162
		1.521.503.188		1.381.489
			1.609.473.403	1.467.269
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern				
– Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			1.203.671.020	927.617
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft an:				
1. Arbeitgeber und Versorgungsberechtigte	669.845			504
2. Vermittler	337.222			302
		1.007.067		806
II. Sonstige Forderungen		3.713.560		10
davon:			4.720.628	816
an verbundene Unternehmen: 1.118.923 €				-
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		201.543		229
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		505.106		38
			706.649	267
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		6.372.879		3.688
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		275.478		6
			6.648.357	3.694
Summe der Aktiva			2.831.466.570	2.405.198

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, 5. März 2025

Der Treuhänder

Norbert Sulitzky

Passivseite			
	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.000.000		5.000
II. Kapitalrücklage	18.153.766		13.154
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	500.000		500
2. andere Gewinnrücklagen	680.000		680
	<u>1.180.000</u>		1.180
		24.333.766	19.334
B. Pensionsfondstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	1.529.735.013		1.386.483
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle	2.144.081		1.632
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	<u>68.504.219</u>		62.765
		1.600.383.313	1.450.880
C. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			
– Deckungsrückstellung		1.203.671.020	927.617
D. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	933.994		1.359
II. Sonstige Rückstellungen	<u>123.637</u>		61
		1.057.631	1.420
E. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft gegenüber			
1. Arbeitgebern	-		1.396
2. Versorgungsberechtigten	-		0
		-	1.397
II. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>1.120.580</u>		3.590
davon:		1.120.580	4.987
gegenüber verbundenen Unternehmen: 750.000 €			3.020
aus Steuern: 69 €			17
F. Rechnungsabgrenzungsposten			
		900.260	961
Summe der Passiva		2.831.466.570	2.405.198

Es wird mit der u.a. Einschränkung bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B.I. und C. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung in Höhe von 2.733.406.033,12 € unter Beachtung des § 341f HGB sowie der aufgrund des § 240 Satz 1 Nummer 10 bis 12 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist. In der Deckungsrückstellung sind gebuchte Beiträge in Höhe von 3.136.971,40 € enthalten, die den Verträgen bisher nicht gutgeschrieben wurden.

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

Posten	€	€ Vorjahr Tsd. €
I. Pensionsfondstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge		
– Gebuchte Beiträge	326.725.673	290.547
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	6.342.189	5.455
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	2.097.459	1.544
davon:		
aus verbundenen Unternehmen 1.727.459 €		479
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	43.187.825	31.675
c) Erträge aus Zuschreibungen	163.275	481
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	4.111.584	3.758
	49.560.143	37.459
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	111.556.226	115.098
5. Sonstige pensionsfondstechnische Erträge	5.104.893	4.219
6. Aufwendungen für Versorgungsfälle		
a) Zahlungen für Versorgungsfälle	57.861.393	55.228
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle	511.817	420
	58.373.210	55.648
7. Veränderung der übrigen pensionsfondstechnischen Rückstellungen		
– Deckungsrückstellung	-419.305.890	-376.490
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen	12.081.329	9.808
9. Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb		
a) Abschlussaufwendungen	2.720.951	2.705
b) Verwaltungsaufwendungen	3.686.045	3.890
	6.406.996	6.595
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	303.158	283
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	363.663	574
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	254.486	911
	921.307	1.767
11. Sonstige pensionsfondstechnische Aufwendungen	708	0
12. Pensionsfondstechnisches Ergebnis	2.199.684	2.469
II. Nichtpensionsfondstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	616.277	66
2. Sonstige Aufwendungen	1.809.619	1.816
	-1.193.343	-1.751
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	1.006.340	718
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	255.255	217
5. Sonstige Steuern	1.085	1
	256.340	218
6. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- abführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	750.000	500
7. Jahresüberschuss	-	-

Anhang

Angaben zur Identifikation gem. § 264 Abs. 1a HGB

Die DEVK Pensionsfonds-AG, Köln, ist beim Amtsgericht Köln unter der Handelsregisternummer HRB 36041 eingetragen.

Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Software) wurden zu Anschaffungskosten bewertet und werden mit Ausnahme der geleisteten Anzahlungen planmäßig zwischen drei und zehn Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Geleistete Anzahlungen wurden zu Nennwerten bewertet. Bei geringwertigen Anlagegütern von untergeordneter Bedeutung, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Andernfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** und **Beteiligungen** wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen.

Der Ansatz der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren**, der **Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** erfolgte zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Börsenkursen.

Die Bilanzwerte der **Namensschuldverschreibungen** entsprechen den Nennwerten. Agio und Disagio wurden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt. Zero-Namensschuldverschreibungen wurden mit ihren Anschaffungskosten, zuzüglich des in Abhängigkeit vom Kapitalvolumen und der Verzinsungsvereinbarung ermittelten Zinsanspruchs, aktiviert.

Die Bilanzwerte der **Schuldscheinforderungen und Darlehen** wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeträgen unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Kapitalanlagen, die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet werden, wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzt. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zuzuordnen sind, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sofern in früheren Jahren eine Abschreibung auf einen niedrigeren Wert erfolgte, wurde eine Zuschreibung vorgenommen, wenn diesen Vermögensgegenständen am Bilanzstichtag wieder ein höherer Wert beigemessen werden konnte. Die Zuschreibungen erfolgten bis zur Höhe der Anschaffungskosten oder auf den niedrigeren Börsenwert.

Das **Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern** wurde gemäß § 341 Abs. 4 Satz 2 und § 341d HGB mit dem Zeitwert bewertet und in einem gesonderten Posten ausgewiesen. Aufgrund der Bestimmungen in den Pensionsplänen wurde der Wert entsprechend der Verpflichtung des Pensionsfonds im Versorgungsfall angesetzt.

Die **Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft** sind zu Nennwerten bilanziert worden.

Die **sonstigen Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden, soweit sie nicht die Sachanlagen betrafen, zu Nennwerten abzüglich notwendiger Einzelwertberichtigungen angesetzt. Die Sachanlagen wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen zwischen drei

und zwanzig Jahren, bilanziert. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden hauptsächlich die noch nicht fälligen Zinsansprüche zu Nennwerten angesetzt.

Die **Deckungsrückstellung** wurde für jeden Vertrag unter Berücksichtigung des individuellen technischen Beginns einzeln, nach versicherungsmathematischen Grundsätzen, berechnet. Die Berechnung erfolgte unter Beachtung der Vorschriften des § 341f HGB und des § 240 Satz 1 Nr. 10-12 VAG sowie den zugehörigen Regelungen der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV). Die Deckungsrückstellung wurde grundsätzlich unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten berechnet. Für Verträge im Rentenbezug erfolgte eine Nachreservierung bezüglich zukünftiger Verwaltungskosten sowie eine biometrische Nachreservierung. Die Deckungsrückstellung für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde nach der retrospektiven Methode ermittelt, die übrige Deckungsrückstellung nach der prospektiven Methode. Die Mindestdeckungsrückstellung (Garantien des Pensionsfonds) für Anwärter wurde prospektiv mit einem vom Zeitpunkt des Vertragsbeginns abhängigen Rechnungszins zwischen 0,25 % und 3,25 % ermittelt; die Mindestdeckungsrückstellung für laufende Renten wurde prospektiv je nach Rentenbeginn mit einem Rechnungszins zwischen 0,25 % und 2,25 % ermittelt. Es wurden DAV-Sterbetafeln sowie modifizierte HEUBECK-Richttafeln verwendet.

Der Schlussüberschussanteilfonds wurde für jeden Vertrag unter Berücksichtigung des individuellen technischen Beginns einzeln ermittelt. Die Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte gemäß § 15 Abs. 5 und 6 RechPensV. Der Diskontierungszinssatz beträgt 0,7 % p. a.

Die Beträge für die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle** wurden für die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen und bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versorgungsfälle einzeln ermittelt. Die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen, aber erst nach der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versorgungsfälle wurden aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit geschätzt. Noch nicht abgewickelte beendete Pensionsfondsverträge und Versorgungsverhältnisse wurden ebenfalls berücksichtigt. Die Rückstellung enthält auch Beträge für die Schadenregulierungsaufwendungen.

Die Bildung der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** erfolgte gemäß der Satzung, den gesetzlichen Regelungen und den Bestimmungen zur Überschussbeteiligung in den Pensionsplänen.

Die **anderen Rückstellungen** wurden nach folgenden Grundlagen gebildet:

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit-Methode auf der Basis der HEUBECK-Richttafeln 2018 G. Der Diskontierungszinssatz wurde mit 1,90 % (Vorjahr 1,83 %) angesetzt und auf Basis einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Als Finanzierungsendalter wurde die vertragliche Altersgrenze verwendet.

Die Gehaltsdynamik wurde mit 2,0 % p. a., der Trend zur Beitragsbemessungsgrenze wurde mit 3,0 % p. a. und die Rentendynamik wurde je nach Zusage mit 2,0 % bzw. 1,0 % p. a. angesetzt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt zum Stichtag -10.342 € (Vorjahr 21.798 €).

Die **sonstigen Rückstellungen** sind für das laufende Geschäftsjahr gebildet und bemessen sich nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die **Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Unter den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurde das Disagio aus Namensschuldverschreibungen angesetzt.

Angaben zu latenten Steuern erfolgen aufgrund der steuerlichen Organschaft auf Ebene der Organträgerin DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln.

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis II. im Geschäftsjahr 2024

Aktivposten							
	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschrei- bungen Tsd. €	Abschrei- bungen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.489	1.729	5	-	-	1.025	6.198
2. geleistete Anzahlungen	45	9	-5	-	-	-	48
3. Summe A.	5.534	1.738	-	-	-	1.025	6.246
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	81.519	2.376	-	-	-	-	83.894
2. Beteiligungen	4.261	99	-	284	-	-	4.076
3. Summe B. I.	85.780	2.475	-	284	-	-	87.970
B. II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	61.289	195.081	-	196.026	163	364	60.143
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	842.382	122.340	-	16.515	-	-	948.207
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	434.657	29.693	-	4.000	-	-	460.350
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	43.162	10.142	-	500	-	-	52.803
4. Summe B. II.	1.381.491	357.256	-	217.041	163	364	1.521.503
insgesamt	1.472.805	361.469	-	217.325	163	1.389	1.615.719

Bei den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände handelt es sich um planmäßige Abschreibungen. Aufgrund von voraussichtlich dauernden Wertminderungen wurden bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,1 Mio. € vorgenommen.

Entwicklung der Aktivposten C. im Geschäftsjahr 2024

Aktivposten							
	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Nicht realisierte Gewinne Tsd. €	Nicht realisierte Verluste Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern							
Sonstige Kapitalanlagen							
- Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	927.617	212.038	-	47.540	111.556	-	1.203.671
insgesamt	927.617	212.038	-	47.540	111.556	-	1.203.671

Erläuterungen zur Bilanz

Zu Aktiva B.

Kapitalanlagen

Wir haben Kapitalanlagen, die dauerhaft im Kapitalanlagebestand gehalten werden sollen, gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Kapitalanlagen weisen zum 31. Dezember 2024 folgende Buch- und Zeitwerte aus:

Kapitalanlagen		
	Buchwert €	Zeitwert €
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	83.894.441	82.083.998
2. Beteiligungen	4.075.773	7.400.000
B. II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	60.142.774	59.665.180
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	948.207.046	836.856.536
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	460.350.200	347.103.906
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	52.803.168	42.049.648
insgesamt	1.609.473.402	1.375.159.267
davon:		
zu Anschaffungskosten bewertete Kapitalanlagen	1.533.473.403	1.307.428.228
davon:		
Kapitalanlagen im Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB	996.571.307	882.500.239

In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 258,6 Mio. € enthalten. Diese entfallen auf Anteile an verbundenen Unternehmen, Aktien, Investmentanteile, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewandt.

Die Zeitwertermittlung für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgte auf Basis von Ertragswerten. Der Zeitwert der Beteiligungen an Immobiliengesellschaften bestimmt sich aus der Bewertung der Immobilienobjekte zum Marktwert.

Sowohl die Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere als auch die zu Anschaffungskosten bilanzierten festverzinslichen Wertpapiere wurden mit den Börsenjahresabschlusskursen bzw. Rücknahmepreisen bewertet.

Die Zeitwerte der Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 36 RechPensV i. V. m. § 56 RechVersV auf der Grundlage der Renditestrukturkurve zu jeweils marktüblichen Konditionen ermittelt.

Finanzinstrumente i. S. d. § 285 Nr. 18 HGB, die über ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden

	Buchwert Tsd. €	beizulegender Zeitwert Tsd. €
Anteile an verbundenen Unternehmen	83.894	82.084
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	37.964	34.522
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	663.035	535.998
Sonstige Ausleihungen	474.677	348.344

Abschreibungen wurden unterlassen, da es sich nicht um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt. Es ist beabsichtigt, die Wertpapiere bis zu ihrer Fälligkeit zu halten und es ist aufgrund guter Bonitäten (bzw. keiner Bonitätsverschlechterung) nur von einer vorübergehenden Wertminderung auszugehen. Aus heutiger Sicht werden alle indirekt und direkt gehaltenen Zinspapiere zum vollen Nominalvolumen zurückgezahlt. Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich um Immobilieninvestments. Die Stillen Lasten sind bewertungsbedingt infolge der Zinsentwicklung von vorübergehender Natur. Die Qualität der Immobilien ist unverändert gut.

Anteile oder Anlageaktien in inländischem Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Anlageziel	Ausschüttung Tsd. €	Zeitwert Tsd. €	stille Reserven/ stille Lasten Tsd. €	Beschränkung der täglichen Rückgabe
Aktienfonds	52	1.095	2	
Immobilienfonds	259	11.122	722	zwischen jederzeit bis nach 5 Monaten

Zu Aktiva C.

Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

	Anteileinheiten Anzahl	Bilanzwert €
Monega Dänische Covered Bonds LD (I)	480.861	43.484.289
DEVK Global Invest PeF	7.933.986	1.160.186.732
insgesamt		1.203.671.021

Zu Aktiva F.

Rechnungsabgrenzungsposten

noch nicht fällige Zinsforderungen	6.372.879 €
Vorauszahlungen für zukünftige Leistungen	275.478 €
	6.648.357 €

Zu Passiva A. I.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 5,0 Mio. € ist in 5,0 Mio. auf den Namen lautende nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage wurde um 5,0 Mio. € auf 18,2 Mio. € (Vorjahr 13,2 Mio. €) erhöht.

Zu Passiva B. I. und C.

Deckungsrückstellung

Für Verpflichtungen aus dem Pensionsfondsgeschäft wurden Deckungsrückstellungen in Höhe von insgesamt 2.733.406.033,12 € gebildet. Davon waren 1.203.671.020 € im Posten „Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ auszuweisen. Die prospektiv ermittelte Mindestdeckungsrückstellung (Garantien des Pensionsfonds) beträgt 1.873.113.351 €. Damit schließt die bilanzierte Deckungsrückstellung die Mindestdeckungsrückstellung ein.

Zu Passiva B. III.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand 31.12.2023	62.765.078 €
Entnahme	6.342.189 €
Zuführung	12.081.329 €
Stand 31.12.2024	68.504.219 €

Zusammensetzung

Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	4.542.000 €
Schlussüberschussanteile	1.586.000 €
Schlussüberschussanteilfonds	24.370.000 €
Ungebundener Teil	38.006.219 €

Zu Passiva F.

Rechnungsabgrenzungsposten

Disagio aus Namensschuldverschreibungen	900.260 €
---	------------------

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Selbst abgeschlossenes Pensionsfondsgeschäft

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
gebuchte Beiträge		
– laufende Beiträge	266.339	233.589
– Einmalbeiträge	60.387	56.958
gebuchte Beiträge		
– mit Gewinnbeteiligung	326.726	290.547
gebuchte Beiträge		
– beitragsbezogene Pensionspläne	326.726	290.547

Erträge aus Kapitalanlagen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Erträge aus Kapitalanlagen (Aktivposten B.)		
Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	2.097	1.544
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	27.854	23.652
c) Erträge aus Zuschreibungen	163 481	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.095	1.455
Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C.)		
Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	15.334	8.023
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3.017	2.303
insgesamt	49.560	37.458

Aufwendungen für Kapitalanlagen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Aufwendungen für Kapitalanlagen (Aktivposten B.)		
Aufwendungen für sonstige Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	302	283
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	364	574
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	191	892
Aufwendungen für Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C.)		
Aufwendungen für sonstige Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	1	-
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	64	19
insgesamt	921	1.768

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personalaufwendungen		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Vertreter	717	616
2. Sonstige Bezüge der Vertreter	-	-
3. Löhne und Gehälter	438	356
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-	-
5. Aufwendungen für Altersversorgung	-	628
insgesamt	1.155	1.600

Die Pensionsrückstellung für die im Wege des Gemeinschaftsvertrags zur Verfügung gestellten Mitarbeiter wird bei der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE bilanziert. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung mit Ausnahme der Zinszuführung wird der DEVK Pensionsfonds-AG belastet.

Gesamtbezüge der Gremien

Im Berichtsjahr betrugen die Bezüge des Vorstands 462.624 €. Die Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder bzw. Hinterbliebener beliefen sich auf 18.517 €. Für diesen Personenkreis war am 31. Dezember 2024 eine Pensionsrückstellung von 514.836 € bilanziert. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 63.639 €. Die Beiratsbezüge betrugen 27.338 €.

Die Anhangangabe § 285 Nr. 10 HGB zur Aufstellung der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrats befinden sich vor dem Lagebericht.

Abschlussprüferhonorare

Für Leistungen, die der Abschlussprüfer (Forvis Mazars GmbH & Co. KG) für das Unternehmen erbracht hat, wurden im Geschäftsjahr 49.963 € aufgewendet (inklusive 2.720 € Mehraufwand für 2023). Diese entfielen in vollem Umfang auf Abschlussprüfungsleistungen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestanden am Bilanzstichtag finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 20,6 Mio. €. Die setzten sich aus den Restezahlungsverpflichtungen aus Beteiligungen und Immobilienfonds zusammen. Hierauf entfallen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 20,6 Mio. €.

Auswirkungen aus dem Mindeststeuergesetz (MinStG)

Das MinStG, das am 15. Dezember 2023 vom Bundesrat final beschlossen wurde und am 28. Dezember 2023 in Kraft getreten ist, ist Teil des Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (MinBestRL-UmsG), welches der nationalen Umsetzung der europäischen Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Gewährleistung einer globalen effektiven Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen und große inländische Gruppen in der Europäischen Union dient. Das MinStG ist grundsätzlich auf Geschäftsjahre anwendbar, die nach dem 30. Dezember 2023 beginnen.

Die Gruppenträgerin der deutschen Mindeststeuergruppe sowie gleichzeitig die oberste Muttergesellschaft i. S. d. § 4 Abs. 3 MinStG ist der DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn. Auswirkungen aus der Anwendbarkeit des MinStG resultieren daher auf Ebene der Berichtsgesellschaft nicht.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen.

Allgemeine Angaben

Unser Unternehmen verfügt nicht über eigenes Personal.

An unserer Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, Köln, mit 100 % beteiligt. Diese hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte zustehen.

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im elektronischen Unternehmensregister veröffentlicht.

Name und Sitz des Mutterunternehmens, das den Konzernabschluss aufstellt, in den das Unternehmen einbezogen wurde:

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Zentrale, Riehler Straße 190, 50735 Köln

Der Konzernabschluss ist auf der Homepage der DEVK unter www.devk.de eingestellt und wird im elektronischen Unternehmensregister veröffentlicht.

Überschussbeteiligung der Versorgungsanwärter und Versorgungsempfänger

Die Versorgungsanwärter und die Versorgungsempfänger werden gemäß den Festlegungen in den jeweiligen Pensionsplänen an den erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Dazu werden gleichartige Verträge in Risikoklassen zusammengefasst und diesen die entstandenen Überschüsse verursachungsgerecht zugeordnet. Der einzelne Vertrag erhält Anteile an den Überschüssen seiner zugehörigen Risikoklasse.

Die Überschüsse werden wie folgt verwendet:

Versorgungsanwartschaften

Die fälligen Überschussanteile werden dem Anlagestock zugeführt und erhöhen damit die Anzahl der Anteileinheiten für den Vertrag.

Versorgungen im Leistungsbezug

Die fälligen Überschussanteile werden zur Erhöhung der (laufenden) garantierten Versorgungsleistung verwendet. Diese Erhöhungen sind ihrerseits wiederum überschussberechtigigt.

In Abhängigkeit von dem zugrunde liegenden Tarif sowie dem Vertragsstatus wird folgende Überschussbeteiligung für das Geschäftsjahr 2025 festgelegt:

Versorgungsanwartschaften

Die Versorgungsanwartschaften erhalten folgende Überschussbeteiligung:

Tarife	Grundüber- schussanteil	Risikoüberschussanteil		Zinsüber- schussanteil	Fondsüber- schussanteil	Schlussüber- schussanteil
	in % des überschuss- berechtigten Beitrags	Leistung bei Erwerbs- minderung in % des überschuss- berechtigten Risikobeitrags	ergänzende Hinter- bliebenenrente in % des überschuss- berechtigten Risikobeitrags	in % des maßgebenden Garantie- kapitals	in % des maßgebenden Fonds- kapitals	in % des maßgebenden Garantie- kapitals
DB2, DB2U, DB2_1, DB2U_1, VM1, VM1U	0,0	65,0	54,0	0,0	-	2,0
DB3U, DB3U_1	-	32,5	-	0,0	0,01	2,4
TAV/NE/02, TAVU/ NE/02	0,1	-	-	0,0	-	2,0
TAV/02, TAVU/02	0,2	-	-	0,0	-	2,0
ZIGU	0,2	-	-	0,0	-	2,0

Versorgungen im Leistungsbezug

Die laufenden Renten aller Tarife erhalten in Abhängigkeit vom Jahr des Rentenbeginns und der Leistungsart einen Zinsüberschussanteil in folgender Höhe:

Rentenbeginn	Leistungsart	Zinsüberschussanteil in % des maßgebenden Deckungskapitals
bis 31.12.2011	alle Leistungsarten ¹	0,00
01.01.2012 – 31.12.2014	alle Leistungsarten ¹	0,25
01.01.2015 – 31.12.2016	alle Leistungsarten ¹	0,75
01.01.2017 – 31.12.2021	alle Leistungsarten ¹	1,10
01.01.2022 – 31.12.2024	alle Leistungsarten ¹	1,75
ab 01.01.2025	alle Leistungsarten ¹	1,00

¹ Bei Invalidenrenten und Altersrenten inkl. einer evtl. eingeschlossenen Hinterbliebenenrentenanwartschaft

Grund- bzw. Risikoüberschussanteile werden nicht gewährt.

Köln, 6. März 2025

Der Vorstand

Joachim Gallus

Lutz Lammert

Dr. Michael Zons

Unter der Bedingung, dass der Aufsichtsrat dem Beschluss der gesetzlichen Vertreter zustimmt, vom Gesamtüberschuss EUR 12.081.329,29 der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuführen, erteilen wir den nachfolgenden Bestätigungsvermerk:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DEVK Pensionsfonds Aktiengesellschaft, Köln

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DEVK Pensionsfonds Aktiengesellschaft, Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEVK Pensionsfonds Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft. Die im Abschnitt "Sonstige Informationen" unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Pensionsfonds geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die im Lagebericht enthaltenen lageberichts-fremden und als ungeprüft gekennzeichneten Angaben.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem:

- den Bericht des Aufsichtsrats,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichtes – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Pensionsfonds geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und

Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage

der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches
- unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, den 02. April 2025

Forvis Mazars GmbH & Co. KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Thomas Varain

Wirtschaftsprüfer

Marc Semrau

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2024 die Geschäftsführung des Vorstands aufgrund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft. Er hat in zwei Sitzungen des Aufsichtsrats getagt und beraten sowie zwei Telefonkonferenzen abgehalten und sich dabei über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Ertragslage des Unternehmens unterrichten lassen.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat erhebt gegen den Bericht des Verantwortlichen Aktuars keine Einwendungen.

Die Forvis Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Vorschriften zum Abschlussprüfer bestellt wurde, hat den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und Lagebericht 2024 geprüft. Diese Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsergebnisse zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft und gebilligt. Der Jahresabschluss 2024 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, 7. Mai 2025

Der Aufsichtsrat

Bernd Zens

Vorsitzender